Die Details bei der Grossbankenregulierung entzweien die Parteien

Im Kampf um schärfere Regeln für die Grossbanken steigt die Nervosität.

Von Arthur Rutishauser

Es geht um viel Geld und Macht. Gemäss den Expertenvorschlägen zur Lösung des «Too big to fail»-Problems müssten die beiden Banken ihr Eigenkapital je um rund 20 Milliarden er höhen, es also quasi verdoppeln.

Um Macht geht es, weil der Bundesrat in seiner Gesetzesvorlage eine bisher weitgehend unbeachtete, aber entscheidende Verschärfung der Bankenaufsicht (durch die Finma) eingepackt hat: Die Finma soll künftig die Macht haben, im Krisenfall den Banken zu befehlen, wie sie ihr Geschäft zu organisieren haben. In der ursprünglichen Vorlage war nur vorgesehen, dass die Banken der Finma ein Konzept vorlegen müssen, wenn das Eigenkapital knapp wird. Der verschärfte Vorschlag hätte bedeutet, dass die Finma der CS 2002 und der UBS 2008 hätte vorschreiben können, sie müssten sich vom Investmentbanking trennen. Für Alt-Bundesrat Christoph Blocher eine sozialistische Forderung, die faktisch einer Verstaatlichung der Banken gleichkomme. «Das bedeutet, dass die Finma im Krisenfall praktisch nebenher die Banken führen würde. Das ist unmöglich, und zudem hat die Vergangenheit gezeigt, dass die Aufsicht genauso versagt hat wie die Banken selber.» FDP-Nationalrat Philipp Müller stimmt Blocher zu. Beide Grossbanken bekämpfen den Vorschlag, die Linke ist dafür.

Der zweite Punkt zielt auf die Eigenkapitalforderung. Blocher sagte in der «SonntagsZeitung», er lehne die aktuelle Vorlage ab, denn erstens behindere sie die Banken im Wettbewerb mit dem Ausland, das weniger streng sei. Zweitens nütze sie wenig, denn im Krisenfall müsste immer noch der Staat eingreifen. Stattdessen fordert er, dass das Investmentbanking vom Rest der Grossbanken abgetrennt und die einzelnen Ländergesellschaften so weit verselbstständigt werden sollen, dass die Schweizer Bank nicht für sie haftet. UBS-Chef Oswald Grübel hat eine entsprechende Lösung in der «Bilanz» skizziert. Bei der klammen UBS hat man den Eindruck, sie würde diese Lösung den verschärften Eigenkapitalvorschriften vorziehen, bei der besser kapitalisierten CS ist es klar umgekehrt. Im Prinzip stimmen auch linke Exponenten wie der Gewerkschafter Daniel Lampart und Daniel Vischer von den Grünen Blochers Lösung zu. Doch beide misstrauen Blocher und werfen ihm vor, mit unrealistischen Forderungen die ganze Vorlage zu gefährden.

Diese Meinung vertritt auch Müller: «Blochers Zwischenruf ist ein reines Verzögerungsmanöver und kaum realisierbar.» Unterstützung bekommt Blocher von der Wissenschaft. Professor Martin Janssen von der Uni Zürich sagt: «Ich glaube nicht, dass Blocher einfach das Problem verzögern will. Eine rechtlich einwandfreie Abspaltung der Investmentbank wäre eine ernsthafte Lösung. Alternativ könnte eine Art ‹Too big to fail›-Versicherungsprämie von mehreren Milliarden Franken pro Jahr verlangt werden. Ich wünsche mir rasch mehr analytische Grundlagenarbeit, bevor solche Entscheidungen getroffen werden.» Blocher meint, die Vorlage sei ein Pfusch, weil diese Analysen fehlten, alle anderen Politiker sagen, sie sei der einzig machbare Kompromiss.